

Die Vergleichende Staatstätigkeitsforschung vor neuen (alten) Herausforderungen

Andreas Busch

Einleitung

Mit Manfred G. Schmidt ehrt der hier vorgelegte Band einen der profiliertesten deutschen Politikwissenschaftler der letzten Jahrzehnte und zugleich einen Fachkollegen, der sowohl als akademischer Lehrer wie als Forscher außerordentlich einflussreich war und weiterhin ist. In diesem Beitrag soll mit der Vergleichenden Staatstätigkeitsforschung der Bereich der Politikwissenschaft in den Mittelpunkt gestellt werden, der wohl am stärksten mit seinem Namen verbunden wird. Dabei soll ein Rückblick auf Genese, Zielsetzung und Erfolge dieses Forschungsprogramms unternommen werden, dessen zentrale Themen und Fragestellungen heute noch ebenso relevant sind wie vor drei Jahrzehnten, als sie im Jahr 1982 von Schmidt in dem Buch „Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich“ (1982b) unter großer Beachtung in die bundesdeutsche politikwissenschaftliche Diskussion eingeführt wurden. Deshalb sollen zunächst die beträchtlichen Erfolge dieses Forschungsprogramms gewürdigt werden, bevor darüber reflektiert wird, welche neuen Herausforderungen und Probleme sich (neben dem Erfolg) im Lauf der Zeit ergeben haben. Aufbauend darauf sollen schließlich einige Überlegungen angestellt werden, wie im Rahmen des Forschungsprogramms der Vergleichenden Staatstätigkeitsforschung gewinnbringend mit einigen dieser Probleme und Herausforderungen umgegangen werden kann.

Manfred G. Schmidt und die Vergleichende Staatstätigkeitsforschung: Programm und Erfolge

Das akademische Werk von Manfred G. Schmidt ist von ebenso beeindruckender wie ungewöhnlicher fachlicher Breite. Dennoch bleibt der Bereich der Vergleichenden Politikwissenschaft und insbesondere das Feld der Vergleichenden Erforschung von Staatstätigkeit derjenige Bereich seiner Tätigkeit, mit dem sein Name wohl im Fach am stärksten verbunden wird.

Was waren die programmatischen Ziele der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, die Manfred G. Schmidt zu Beginn der 1980er Jahre in die bundesdeutsche Fachdiskussion einführte? Auslösendes Interesse, das wird gleich zu Beginn seines Buches über „Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen“ (1982b: 13) klar, waren die erheblichen Unterschiede in den Leistungsprofilen von Ländern:

„Warum ist die Arbeitslosenquote in Schweden und Österreich in den 70er Jahren niedrig, in den USA und in England aber sehr hoch? Warum bleiben die Preissteigerungen in der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich weit unter den Inflationsraten etwa in Italien, Schwe-

den oder Frankreich? Warum ist der Sozialstaat in den Niederlanden und den skandinavischen Ländern ungleich stärker ausgebaut und egalitärer ausgerichtet als zum Beispiel in den nahezu ebenso reichen Ländern Japan, USA und der Schweiz?“

Diese Unterschiede in der Politikproduktion von liberalen Demokratien zu erklären war sowohl das Ziel der konkreten Untersuchung wie des breiteren Forschungsprogramms. Damit wurde zugleich angeschlossen an eine seinerzeit kontrovers geführte Debatte, in der sich zwei Hypothesen gegenüberstanden: einmal die vom „Primat der Politik“, die solche Unterschiede als das Resultat unterschiedlicher ideologischer Orientierungen von Regierungen betrachtete, und zum anderen die vom „Primat sozialökonomischer Strukturen und Prozesse“, die diese Differenzen als durch das unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsniveau bestimmt ansah. Im ersten Fall spielten demnach Parteien an der Regierung eine zentrale Rolle; im zweiten Fall taten sie das kaum, da (so die neomarxistische Analyse) der funktionale Primat der kapitalistisch organisierten Ökonomie bestimmend war. Die absolute und relative Erklärungskraft dieser beiden entgegengesetzten Variablenbündel zu bestimmen war also der Kern des Forschungsprogramms.

Anknüpfen konnte dieses Programm an Forschung aus den Vereinigten Staaten, wo bereits in den 1960er und 1970er Jahren vergleichende Untersuchungen der verschiedenen Bundesstaaten vorgenommen worden waren.¹ Die bundesrepublikanische komparative Policy-Forschung folgte also, wie Schmidt in dem programmatischen Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen PVS-Sonderheft über „Staatstätigkeit“ formulierte, „der amerikanischen Politikwissenschaft mit einer Verzögerung von rund 15 Jahren“ (Schmidt 1988: 5). Doch ähnlich wie im Bereich volkswirtschaftlicher Entwicklungen (Gerschenkron 1962) ließen sich auch hier „Vorteile der Rückständigkeit“ ausmachen: so vermied man den theorieleeren Materialismus der frühen amerikanischen Analysen, in denen allein die Stärke statistischer Zusammenhänge zählte; stattdessen nahm man eine breitere theoretische Perspektive ein, die aus dem Fundus europäischer Gesellschaftstheorien schöpfte und sich staatswissenschaftliche Traditionen aus Institutionenkunde, Verfassungsrecht, Makrosoziologie und Politökonomie zu Nutze machte (Schmidt 1988: 10). So konnte Schmidt definieren, dass die vergleichende Staatstätigkeitsforschung „nicht losgelöst von politischen Konflikt- und Konsensprozessen und politisch-institutionellen Rahmenbedingungen betrieben [wird], sondern in engster Verknüpfung mit den Verfahrensregeln, Institutionen und Willensbildungsprozessen der Politik“ und so „integraler Bestandteil – und nicht etwa ein Nebengleis – der Politikwissenschaft“ sei (Schmidt 1988: 1). Politikinhalte (*policy*) sollten also durch politische Prozesse (*politics*) und politische Strukturen (*polity*) erklärt werden.

Allerdings waren auch Hindernisse zu überwinden, die es in den Vereinigten Staaten mit ihrer geringeren Berührungsscheu gegenüber statistischen Methoden empirischer Sozialforschung bis hin zur Ökonometrie so nicht gab. Schmidt selbst hatte ein Einführungsbuch „Empirische Politikwissenschaft“ (Müller/Schmidt 1979) mitverfasst und hatte folglich keine Probleme, dieses Instrumentarium auch in seinen Untersuchungen anzuwenden. Dass ein dadurch systematisiertes und formalisiertes Vorgehen in der bundesdeutschen vergleichenden Analyse staatlicher Steuerung eher unüblich war, erschien ihm unverständlich

1 Der Vergleich von Bundesstaaten ist in der Komparatistik außerhalb der USA lange vernachlässigt worden (siehe jedoch Schmidt 1980), obwohl er durch die Konstanzhaltung vieler Bedingungen methodisch eine Reihe von Vorteilen hat. In jüngster Zeit gibt es wieder Interesse an dieser Perspektive (Freitag/Vatter 2009; Turner 2011).

und kritikwürdig, begab man sich dadurch doch erheblicher Möglichkeiten der Schärfung der eigenen Befunde.

Exemplarisch einander gegenübergestellt wurden der eher traditionelle und der neue Analyseansatz in einer Kontroverse zwischen Manfred G. Schmidt und Klaus von Beyme im Jahr 1982 in der *Politischen Vierteljahresschrift* (Schmidt 1982a; Beyme 1982a).² Anlass war ein Aufsatz von Beymes (1981) gewesen, in dem dieser (aufbauend auf den Ergebnissen seines umfangreichen Buchs über „Parteien in westlichen Demokratien“ (1982b)) die alte Frage „do parties matter?“, also die nach dem Parteieinfluss auf politische Entscheidungen gestellt hatte. Die zusammenfassende Erkenntnis, Parteien hätten „durchaus einen Einfluß auf die materielle Politik, mehr als einige Budgetzahlen und Indikatorenreihen ausdrücken können“ (Beyme 1981: 356) basierte auf einer typologisierend-konfigurativen Analyse, die zwar Daten in Tabellen präsentierte, sie jedoch nicht mit statistischen Operationen zusammenfasste oder testete.

Schmidts Kritik daran war eine zweifache, sowohl im Hinblick auf die Methode wie auf einige substantielle Ergebnisse. Er sah darin eine mangelhafte Systematik in empirischer Hinsicht (v. a. unterschiedliche Stichproben, Versäumnis valider Indikatorbildung, nur punktuelle Auswertung), die zu unkontrollierbaren Verzerrungen im Ergebnis führe, was ihm zwar typisch für den Forschungsstand schien, aber gerade deswegen kritikwürdig war. Und hinsichtlich des Ergebnisses bemängelte er, dass von Beyme über dem Befund der Abwesenheit systematischer Politikunterschiede zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen über *alle* Länder hinweg die durchaus existenten Unterschiede bei spezifischen zusätzlichen Bedingungen (wie v. a. die Kräfteverhältnisse zwischen bürgerlichem und linkem Lager im außerparlamentarischen System) vernachlässige.

Von Beyme konzidierte in seiner Replik, Schmidt habe in der Tat in seiner Untersuchung „viele gut und manches besser gemacht“, bezweifelte aber die generelle Überlegenheit eines eher formal-statistisch ansetzenden Forschungsdesigns gegenüber einem primär klassifizierenden Vorgehen, das vor allem auf die abweichenden Fälle fokussiere. In den Ergebnissen sei man sich ja weitgehend einig, es gebe nun einmal verschiedene methodische Wege zum Ziel, und er ziehe das Suffizienzprinzip vor. Quantitative Variablenforschung laufe zudem grundsätzlich Gefahr (auch wenn dies bei Schmidt nicht der Fall sei), schon durch die Zwänge der Operationalisierbarkeit sowie der computerisierbaren Indikatoren zu Einseitigkeiten zu kommen, die ihrerseits das Ergebnis verzerren könnten.

Letzterer Gefahr ist sich auch Manfred G. Schmidt stets bewusst gewesen, und er hat deshalb „fünf Regeln für die vergleichende Analyse materieller Politiken“ vorgeschlagen, deren Beachtung diesen Problemen vorbeugen soll (Schmidt 1982b: 117). So plädiert er dafür, möglichst alle Länder der Grundgesamtheit zu analysieren, um das Problem verzerrender Stichproben zu vermeiden; stets mehrere Indikatoren für theoretische Konzepte zu verwenden; die Stabilität der geschätzten Parameter sowohl durch Quer- wie durch Längsschnittanalysen zu testen; alle in Frage kommenden, erklärenden Variablen in die Analyse mit aufzunehmen sowie die konkurrierenden Thesen vom ‚Primat der Politik‘ bzw. vom ‚Primat der sozioökonomischen Struktur‘ jeweils an harten Fällen zu testen. Damit hat er dem Programm

2 Diese Kontroverse ist übrigens auch ein sehr gutes Beispiel dafür, dass unterschiedliche Ansichten in der Sache nicht auf Kosten guter persönlicher Beziehungen gehen müssen. Beide Kontrahenten haben später über lange Jahre eng in Heidelberg zusammengearbeitet, gemeinsam ein für die Analyse bundesdeutscher policies bahnbrechendes Buch herausgegeben (Beyme/Schmidt 1985), und Schmidt folgte von Beyme schließlich (nach einer Bremer Schleife nach Heidelberg zurückberufen) sogar auf seinem Lehrstuhl nach.

der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung anspruchsvolle und zugleich praktikable Umsetzungsratschläge mit auf den Weg gegeben.

Das Programm der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung ist in den letzten 30 Jahren in der Politikwissenschaft höchst erfolgreich gewesen. Schon 1988 konnte eine erste positive Zwischenbilanz gezogen werden:

„Generell läßt sich sagen, daß einer der Hauptverdienste der vergleichenden Policy-Forschung im Nachweis zu sehen ist, daß internationale und intertemporale Unterschiede in politischen Leistungsprofilen von Regierungen in hohem Maße von politischen Bedingungen geprägt sind. Zu ihnen zählen beispielsweise: Verfahren der Konfliktregulierung, politische Institutionen, Machtverteilungen zwischen Regierungs- und Oppositionspartei, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen privater Wirtschaft und Staat sowie politischer Wille und Geschick. Diese Variablen definieren in hohem Maße die Form und die Lagerung des Handlungskorridors, der zur politischen Gestaltung offensteht. Man kann auch sagen: die vergleichende Policy-Forschung hat die selbstkritische Frage der Politologen, ob Politik (im Sinne von „politics“ und „polity“) überhaupt einen Unterschied für Politikinhalt macht, hoffentlich endgültig mit „Ja“ beantwortet.“ (Schmidt 1988: 13)

Gerade da in der bundesdeutschen Politikwissenschaft in den 1980er Jahren ein Streit um die Bedeutung der *policy analysis* im Gange war (Hartwich 1985) – bisweilen als Konfrontation zwischen „Traditionalisten“ und „Modernisierern“ überhört –, wurde die Verknüpfung der drei Dimensionen politischen Handelns in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung Schmidtscher Prägung von Wilhelm Bleek in seiner *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland* als „beispielhaft“ eingestuft (Bleek 2001: 391). Rasch etablierte sich der Ansatz, und bereits in der ersten Reputationsanalyse des Faches wurde Manfred G. Schmidt, nur vier Jahre nach Veröffentlichung seiner Habilitationsschrift, als einer der vier wichtigsten bundesdeutschen Komparatisten (nach Klaus von Beyme, Winfried Steffani und seinem Lehrer Gerhard Lehbruch) eingestuft (Honolka 1986). In späteren fachinternen Befragungen stieg die Wertschätzung noch: er wurde jeweils als wichtigster Fachvertreter der Vergleichenden Politikforschung genannt sowie als einer der drei bzw. zwei wichtigsten Vertreter des gesamten Faches eingestuft (Klingemann/Falter 1998; Falter/Knodt 2007).

Manfred G. Schmidt hat also fachintern tiefe Spuren hinterlassen. Neben seiner eigenen Forschung tat er dies vor allem durch eine erhebliche Schar von Schülern, die seine Anregungen aufnahmen und auf verschiedene Sachgebiete der Staatstätigkeitsforschung anwandten. So entstand eine „Heidelberger Schule der Staatstätigkeitsforschung“ (Zohlnhöfer 2008: 157), die durch weitgehende Gemeinsamkeiten der Forschungsperspektive sowohl hinsichtlich des Forschungsgegenstandes (Unterschiede in der Regierungspolitik westlicher Länder), des Ansatzes (Untersuchungen vor allem auf der Makroebene) sowie des methodischen Zugriffs (primär quantitative Analyse mit Hilfe von multivariaten Regressionsanalysen bzw. gepoolten Zeitreihenanalysen) gekennzeichnet ist. Besondere Erfolge hat diese Forschung bei der Erklärung von staatlichen Ausgabenquoten in Feldern wie Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik. Auch Steuer-, Verschuldungs- oder Privatisierungspolitik sowie makroökonomische Outcomes etwa in den Bereichen Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Preisstabilität oder Wechselkursentwicklung sind von ihr erfolgreich thematisiert und mit Rückgriff auf eine Reihe von Theorieschulen (zu deren Diskussion genauer Schmidt et al. 2007: Teil I) erklärt worden. Dabei wurden allerdings auch sich über die Zeit verändernde Politikmuster sichtbar (Zohlnhöfer 2008).

Herausforderungen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung

Die vergleichende Staatstätigkeitsforschung ist also in den letzten drei Jahrzehnten überaus erfolgreich gewesen und hat sich durch ihre wichtigen Beiträge zum Verständnis politischer Prozesse und Ergebnisse einen festen Platz in der Politikwissenschaft gesichert. Vor allem im Hinblick auf den Einfluss von Parteien an der Regierung hat sie die Wichtigkeit genuin politischer Erklärungsvariablen herausgearbeitet, aber ebenso auf die Bedeutung von institutionellen Konfigurationen als Einflussfaktoren auf den politischen Prozess hingewiesen. Gerade angesichts dieser Erfolge stellt sich aber auch die Frage, inwieweit das Programm der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung weiterentwickelt werden kann, und inwiefern ein Lernen aus den Erfahrungen der bisherigen Praxis möglich ist. Denn die Würdigung des Erfolges zeigt zum einen Möglichkeiten, das Programm auf Bereiche der Politikwissenschaft anzuwenden, die bisher nicht in seinem Fokus standen und dadurch Erfolg und Erkenntnis zu auszuweiten; gleichzeitig zeigen sich aber auch einige Probleme hinsichtlich des dominanten methodischen Ansatzes und der inhaltlichen Fokussierung. Sie sollen im folgenden diskutiert werden. Dabei zeigt sich, dass es sich hier teilweise um bereits seit längerem bestehende Herausforderungen handelt, die bereits zu Beginn des Forschungsprogramms angesprochen wurden.

Methodische Herausforderungen

In den letzten drei Jahrzehnten ist in großen Teilen der Sozialwissenschaften ein Trend zu immer ausgefeilterer Verwendung anspruchsvoller statistischer Verfahren erkennbar, wofür es eine komplexe Verknüpfung von Gründen gibt. Mussten quantitativ orientierte Forscher zu Beginn der 1980er Jahre ihre Daten noch in Lochkarten stanzen (lassen) und diese in einem universitären Rechenzentrum abgeben, wo dann nach einiger Wartezeit die Ergebnisse in Form oft meterlanger Papierausdrucke abgeholt werden konnten, so sind heute auch komplexeste Verfahren auf (zudem oft mobilen) Computern verfügbar, deren Fähigkeiten die damaligen Großrechner oft um ein Vielfaches übersteigen. Enorm gestiegene Rechenkapazitäten, damit verbundene Verbilligung ihrer Nutzung sowie die drastisch erleichterte Zugänglichkeit und Maschinenlesbarkeit von Daten haben (gemeinsam mit der Fortentwicklung neuer Untersuchungs- und Analysetechniken) zu einer stetigen Zunahme quantitativ orientierter Analysen in weiten Teilen der Sozialwissenschaften geführt.

Auch die vergleichende Staatstätigkeitsforschung hat ihr Profil durch methodische Innovationen quantitativer Art geschärft. Gerade durch (seinerzeit neue) anspruchsvolle statistische Verfahren wollte man Dignität beweisen, auch wenn man sich dafür Vorwürfe des Szientismus einhandelte. In methodischer Hinsicht lag man damit sicher im Trend der Gesamtentwicklung, ist doch – insbesondere in der international führenden amerikanischen vergleichenden Sozialwissenschaft – die Verwendung anspruchsvoller statistischer Prüfverfahren schon seit einiger Zeit zum Standard und zur Voraussetzung für professionellen Aufstieg geworden (Bollen et al. 1993).

Allerdings wächst seit einigen Jahren auch das Bewusstsein, dass die vermehrte Verwendung und beständig steigende Komplexität solcher Verfahren keineswegs automatisch einhergeht mit einem verbesserten *Verständnis* der untersuchten politischen Prozesse. Und die daraus entstehende Kritik ist umso ernster zu nehmen, als sie nicht aus dem Lager der Quantifizierungsverweigerer kommt, sondern von in diesem Bereich höchst ausgewiesenen

Fachleuten. Das Hauptproblem besteht in der mangelnden Verlässlichkeit von Ergebnissen, die durch Methoden der multivariaten Regressionsanalyse bzw. gepoolter Zeitserienanalysen erzielt werden.

Illustriert werden kann das Problem anhand eines Aufsatzes zu den politischen Bestimmungsfaktoren der Höhe von Sozialausgaben in fortgeschrittenen OECD-Ländern (Kittel/Obinger 2003). Die Autoren führen zunächst die miteinander im Wettstreit führenden Hypothesen in diesem Bereich auf – von der ‚race-to-the-bottom‘-Hypothese (die keine Parteien- und Institutioneneffekte erwartet) über die ‚New Politics‘- und die ‚catch-up‘-Hypothese (die keine politischen Effekte, aber starke Pfadabhängigkeiten durch institutionelle Bestimmungsfaktoren sowie frühere Ausgabenhöhe erwarten) bis zu den ‚Nichts-Neues‘- und ‚Glaubwürdigkeits‘-Hypothesen, die parteipolitische Effekte für die Ausgabenhöhe erwarten, aber in jeweils entgegengesetzte Richtungen (Kittel/Obinger 2003: 22f.). Die Konfrontation der konkurrierenden Hypothesen mit den empirischen Daten sollte nun dabei helfen, die richtige zu erkennen. Tatsächlich erweist sich das jedoch als unmöglich, da sich die Ergebnisse als hochgradig abhängig u. a. von den in die Untersuchung aufgenommenen Ländern, der Zeitspanne, der Spezifikation des Modells sowie der Operationalisierung der verschiedenen relevanten Variablen erweist (Kittel/Obinger 2003: 25). Eine sichere Zurückweisung der meisten Hypothesen ist daher nicht möglich.

Die Verwendung von *panel data analysis* als putatives Allheilmittel der ländervergleichenen Makroanalyse hat offenbar in eine Sackgasse geführt, so lautet die Folgerung (Kittel/Winner 2005: 270). Zwar können einige der Probleme auf Schwächen in der theoretischen Fundierung bei der Aufnahme bestimmter Variablen in die Untersuchung zurückgeführt werden, andere auf Nachlässigkeiten in der statistischen Operationalisierung bzw. voreiligen Fehlerkorrekturen im statistischen Verfahren (ebd.). Daraus kann man Schlüsse hinsichtlich einer methodischen Abrüstung ziehen – also der Fokussierung auf den zeitlichen Querschnitt unter Verzicht auf die Einbeziehung der zeitlichen Dimension (und der durch sie verursachten Probleme) – „despite the seductive but treacherous glitter of significance stars in pooled regressions.“ (Kittel/Winner 2005: : 289).

Ob solche pragmatischen Ratschläge aber genügen, wird bei genauerer Betrachtung allerdings zweifelhaft, zeigen sich doch bei Untersuchung der wissenschaftstheoretischen Grundlagen makro-quantitativer Sozialforschung erhebliche Lücken (Kittel 2006). Charles Tillys (1984: 76) Kritik: „Little of *long-term value* (Hervorhebung A.B.) to the social sciences has emerged from the hundreds of studies conducted during the last few decades that have run statistical analyses including most of the world's nation states“ mag vielen seinerzeit zu apodiktisch geklungen haben angesichts der Verheissungen neuer Methoden; doch fokussierte er offenbar schon vor dreissig Jahren auf den Kern des heutigen Problems.

Neben dem Problem mangelnder Stabilität bzw. hoher Sensibilität gegenüber geringfügigen Veränderungen der Spezifikationen gibt es noch einen weiteren wichtigen Grund, der die etablierte vergleichenden Staatstätigkeitsforschung in methodischer Hinsicht herausfordert und die dominante Praxis der Regressionsanalyse in Frage stellt. Die Weiterentwicklung theoretischer Modelle des Politikprozesses in den letzten Jahren hat nämlich zu einer steigenden Spannung mit den Annahmen geführt, die den in der vergleichenden Politikwissenschaft verwendeten Regressionsmodellen zugrunde liegen. Theoretische Erklärungsmodelle beinhalten heute oft Vorstellungen von Multikausalität, Nicht-Linearität, bedingten Effekten, Pfadabhängigkeiten oder strategischer Interaktion. Die theoretischen Modellvorstellungen,

so fasst es Peter Hall in einem Artikel zusammen, haben somit die dominante Methodologie deutlich überholt:

„Many important theories in the field are now based on ontological views that see political outcomes as the result of causal processes in which distant events, sequencing, and complex interaction effects play important roles. However, the most prominent methodologies in the field are still based on a standard regression model that was more appropriate to the ontologies of thirty years ago, when many theories implied that political phenomena are caused by a few powerful factors operating independently of context and with roughly similar force everywhere. Modernization theories built on socioeconomic determinants provide a classic example.“ (Hall 2003: 389)

In erheblichen Teilen, so schließt Hall, erscheine die Regressionsanalyse daher nicht mehr zweckmäßig. Eine systematische Prozessanalyse politischer Entscheidungen im Rahmen von Fallstudien bzw. *small-N*-Vergleichen könne hingegen mit den neuen theoretischen Entwicklungen gut umgehen (ebd.).

Inhaltliche Herausforderungen

Nicht nur in methodischer, auch in inhaltlicher Hinsicht ergeben sich für die vergleichende Staatstätigkeitsforschung Herausforderungen – die jedoch eindeutig auch neue Chancen beinhalten. Denn das Untersuchungsgebiet dieses Forschungsprogramms ist bis jetzt weitgehend auf Politikbereiche konzentriert, die man als sozio-ökonomisch kennzeichnen kann: Wie weiter oben dargestellt, liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf Gebieten wie Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Für diese Schwerpunktbildung gibt es eine Reihe von guten Gründen. So ist zum einen die Entstehung des Forschungsprogramms eng mit der Auseinandersetzung um den ‚Primat der Politik‘ vs. den ‚Primat sozialökonomischer Strukturen und Prozesse‘ verknüpft, also Debatten, die mit einer neomarxistisch inspirierten Forschungsrichtung geführt wurden und den (demokratischen) Klassenkampf und -gegensatz als zentrales Thema hatten. Zudem waren die 1970er und 1980er Jahre (also das zeitliche Umfeld der Entstehung des Forschungsprogramms) eine Zeit erheblicher wirtschaftlicher Probleme: Die meisten Länder hatten nach den Ölpreisschocks der 1970er Jahre mit sinkendem Wirtschaftswachstum sowie steigender Arbeitslosigkeit und Inflation zu kämpfen – da lag ein Fokus auf sozialökonomische Aspekte von Politik nahe. Zusätzlich befördert wurde das durch die Verfügbarkeit von international vergleichbaren Daten durch eine ganze Reihe von internationalen Organisationen (wie OECD, ILO, Weltbank etc.), die den Forschern bereits die Mühe der Datensammlung und -angleichung abgenommen hatten.

Angesichts der Erfolge, die das Forschungsprogramm im Bereich der sozioökonomischen Politikfelder zu verzeichnen hat (Zohlnhöfer 2008), erscheint eine bewusste Ausdehnung auf andere, nicht in diesem Bereich zu verortende Politikfelder ein Desideratum. Dafür gibt es auch inhaltliche Gründe: So hat das Ausmaß an Divergenz parteipolitischer Präferenzen hinsichtlich des richtigen wirtschaftspolitischen Kurses (zumindest verglichen mit der Situation in den 1960er und 1970er Jahren) erheblich abgenommen, und es gibt in den meisten Ländern einen groben Konsens in Bezug auf eine relativ liberale Marktwirtschaft. Gleichzeitig haben sich aber neue Konfliktfelder aufgetan, in denen sich Parteien Konflikte liefern – für die Bundesrepublik sei da etwa als Beispiel auf Themen wie Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften, Vorratsdatenspeicherung, Betreuungs-

geld etc. verwiesen. Neben unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen zeigen Studien einzelner Länder auch hier wichtige Effekte politischer Institutionen sowie Auswirkungen von Pfadabhängigkeit und Globalisierung (vgl. als Beispiele Busch 2003; Busch 2007). Doch vergleichende Untersuchungen, die systematisch die *policies* etwa in den Bereichen Innen- und Rechtspolitik über ein größeres *sample* der europäischen oder der OECD-Länder aufarbeiten und mit den in der Staatstätigkeitsforschung etablierten Erklärungsvariablen in Verbindung bringen, fehlen fast vollständig – Ausnahmen wie die international vergleichenden Studien von Castles und Flood (1993) über Scheidungsraten oder von Gindulis (2003) zum „Konflikt um die Abtreibung“ bestätigen leider nur die Regel.

Die eben genannten Konfliktthemen sind in einem erheblichen Maß wertbasiert, auch wenn einige von ihnen (wie etwa die Migrationsfrage) auch eine sozioökonomische Dimension haben. Wertbasierte Konflikte unterliegen potentiell anderen Aushandlungs- und Einigungsprozessen, da hier Kompromisse unter Umständen unmöglich, zumindest aber schwieriger als bei Verteilungskonflikten sind. Wie unbefriedigend angesichts solcher Konflikte der hauptsächliche Fokus der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung auf die Analyse von staatlichen Ausgaben ist,³ kann man gut anhand eines wichtigen politischen Streitpunkts des letzten Jahrzehnts deutlich machen, nämlich dem Konflikt um die Anti-Terrorismus-Politik nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Unter forschungstheoretischen Gesichtspunkten wäre dieser gemeinsame Schock zwar ein idealer Fall für das Herausarbeiten (und den Vergleich) der Bestimmungsfaktoren politischer Reaktionen gewesen; doch in der Praxis erwies sich schnell, dass eine differenzierte Analyse der zumeist in Form umfangreicher und rasch verabschiedeter Gesetzespakete erfolgenden Reaktionen (z. B. PATRIOT Act in den USA; „Anti-Terrorism, Crime and Security Act“ in Großbritannien; Sicherheitspakete I und II in der Bundesrepublik) nur zu sehr tastenden Ergebnissen kommen konnte (Haubrich 2003) – es fehlte (und fehlt) in diesem Politikfeld nämlich sowohl an Maßen für die Klassifikation der Eingriffstiefe wie an einer den Vergleich erst ermöglichenden Kalibrierung des gesetzlichen *status quo ante*. Auch bald zehn Jahre nach den Anschlägen kommt politikwissenschaftliche Analyse in diesem Bereich (Crenshaw 2010) noch nicht über eine Nebeneinanderstellung von Fallstudien hinaus, denen der genuine Vergleich jedoch weiterhin fehlt. Allerdings muss man fairerweise festhalten, dass dies hinsichtlich der Erkenntnis über die die politischen Reaktionen bestimmenden Einflussfaktoren immer noch weiter führt als der beinahe trostlose Versuch, sich dem Thema über eine Analyse der Veränderungen der Ausgaben für öffentliche Sicherheit vor und nach 2001 zu nähern, wie das im Rahmen der etablierten Staatstätigkeitsforschung geschehen ist (Norris 2007: 154-156). Selbst der Autor misst dem keine große Bedeutung bei – hofft aber auf mehr Erkenntnis „when enough data become available to allow a more complete longitudinal analysis of expenditure patterns.“ (ebd.: 156). Ob dies allein reichen wird, mag man mit Fug und Recht anzweifeln.

Also: Die vergleichende Staatstätigkeitsforschung muss über den fast ausschließlichen Fokus auf staatliche Ausgabenanalysen hinauskommen, wenn sie sich neuen Themengebieten – etwa im Bereich nicht-sozioökonomischer Staatstätigkeit – zuwenden will. Das ist nicht zuletzt auch deshalb wichtig, weil sich staatliches Handeln immer weiter ausdifferenziert, wie zahlreiche Analysen und auch die Arbeiten im Umfeld des Sonderforschungsbereichs 597 zu „Staatlichkeit im Wandel“ zeigen. So bleibt der Staat zwar letztlich zentral, aber er wird immer mehr „[v]om Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager“ (Genschel/Zangl

3 Siehe zur Kritik an der Fokussierung auf Ausgabenanalysen auch Petring 2010.

2009), der Macht an private, transnationale und internationale Akteure abgibt und immer weniger als „Leistungsstaat“ auftritt. Seine Rolle als regelsetzender bzw. regulierender Staat ist hingegen eindeutig von steigender Wichtigkeit (vgl. als zusammenfassenden Überblick Levi-Faur 2011). Dies gilt sogar im sozioökonomischen Kernbereich der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, wie erste Untersuchungen in diese Richtung ergeben haben: Demnach gibt es nur eine schwache Korrelation zwischen staatlichen Ausgaben und dem Ausmaß von (Produktmarkt-)Regulierung, so dass die Gefahr besteht, ohne Einbeziehung dieser Dimension ein nur unvollständiges oder gar verzerrtes Bild des Staates in fortgeschrittenen Marktwirtschaften zu zeichnen (Siegel 2007: 245). Hier ist mithin dringend Expansion geboten.⁴

Intradisziplinäre Kooperation

Ein letzter hier anzusprechender Gesichtspunkt betrifft die Kooperation innerhalb der Politikwissenschaft, konkreter: zwischen vergleichender Staatstätigkeitsforschung einerseits und der Policy-Analyse andererseits. Letztere wird im Rahmen fachinterner Klassifikationen wie dem Überblicksartikel von Jann (2009) mit der Verwaltungswissenschaft gleichgesetzt; erstere wird dort zwar kurz erwähnt, dann aber „nicht in die weitere Darstellung einbezogen“ (ebd.: 483). Bevor man sich darüber zu sehr wundert, dass eine solche Scheidung einfach ohne inhaltliche Begründung vorgenommen wird, sei gesagt, dass auch umgekehrt nicht viel Aufmerksamkeit aufgebracht wird: die vergleichende Staatstätigkeitsforschung hat die weitgehend resolut national vorgehende und auf Verwaltung statt auf politische Kräfte fokussierte, jedenfalls an systematischem Vergleich desinteressierte Verwaltungswissenschaft ebenfalls ignoriert. Das mag daran liegen, dass deren Spezialität – die detaillierte Erkundung und Beschreibung der Entstehung und Umsetzung staatlicher Programme und Entscheidungen – in der frühen vergleichenden Staatstätigkeitsforschung nicht Gegenstand des Interesses war, folgte man doch einem relativ simplen Modell nach dem Schema

input (Parteistärke) → *black box* → *output* (verschiedene Variablen aus dem sozioökonomischen Bereich)

in dem die Prozesse in der *black box* souverän ignoriert wurden. Das änderte sich nur in geringem Maße durch die Einbeziehung institutioneller Variablen, denn diese wurden statisch in die Analyse integriert; an der Untersuchung der Prozesse im Detail war man nicht interessiert – und konnte es angesichts der großen Zahl zu untersuchender Länder auch gar nicht sein – schließlich, so Manfred G. Schmidts (1982b: 236) oft zitiertes Diktum, kann „niemand Experte für alle 21 Länder zugleich sein“.

Doch angesichts der weiter oben diskutierten Herausforderungen täte die vergleichende Staatstätigkeitsforschung vielleicht gut daran, das Theorieangebot der Policy-Forschung darauf hin zu prüfen, ob es für die eigenen Interessen von Nutzen sein kann. Denn die detailliertere Einbeziehung von Informationen über den Politikprozess könnte eine gute Ergänzung für das Repertoire der bereits genutzten Theorieschulen sein.⁵ So kann eine „multiple streams“-Perspektive wie die von Kingdon (2003, 2. Auflage) den Blick dafür schärfen,

4 Auch Zohlnhöfer (2008: 168-169) mahnt eine verstärkte Einbeziehung regulativer Politik an, die er über Indikatorbildung auch als prinzipiell in eine quantitative Analyse integrierbar ansieht. Ob das tatsächlich der Königsweg ist, erscheint angesichts des weiter oben Ausgeführten zumindest diskussionsbedürftig.

5 Einen exzellenten Überblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen Policy-Forschung bietet der von Paul Sabatier herausgegebene Band (Sabatier 2007).

warum Entscheidungen zu bestimmten Zeitpunkten getroffen werden, während „punctuated equilibrium“ (Jones/Baumgartner 2005) den Wechsel zwischen Perioden der Stabilität und des Wandels zu erklären helfen kann. Der Ansatz des „advocacy coalition framework“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1993) schließlich mag zu einem besseren Verständnis des Einflusses von Ideen auf *policy change* führen.

Viele der zuletzt genannten Ansätze haben im Sinne der oben erwähnten Hall'schen *ontological views* bereits Eingang in Politikmodelle gefunden. Eine explizite Erweiterung des etablierten Theorienkatalogs der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung könnte hier neue Perspektiven eröffnen und gleichzeitig diese Theorien (von denen einige v. a. anhand des US-amerikanischen Politikprozesses entwickelt wurden) dem Test des internationalen Vergleichs aussetzen. Die Rezeption wäre mithin keineswegs eine Einbahnstraße. Auch die Policy-Forschung könnte profitieren, ignoriert sie doch bisher weitgehend bewährte Erklärungsvariablen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, wie etwa den Einfluss von Parteiendifferenz.

Wie umgehen mit den Herausforderungen?

Die eben erfolgte Aufzählung der Herausforderungen, die eine Würdigung des Forschungsprogramms der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung mit Hinblick auf seine Fortführung ergibt, wird mehr in systematisierender Absicht vorgelegt als dass sie Anspruch auf große Originalität erhebt; schließlich sind eine ganze Reihe der hier angesprochenen Punkte bereits seit längerem bekannt. Schon im PVS-Sonderheft von 1988 (17-26) hatte Manfred G. Schmidt selbst einige von ihnen angesprochen, so den „OECD-Länder-Bias“, die „übermäßige Bevorzugung quantitativer Aggregat-Daten“, die „Selektivität der Variablen-Auswahl und der Operationalisierung“ (mit den „unterbelichteten Variablen“ Staatsverwaltung, politisch-kulturelle Selbstverständlichkeiten und Wirkung von Kriegen und Katastrophen) sowie den „Primat der Innenpolitik und Vernachlässigung internationaler Beziehungen“.

Während einige der angesprochenen Problembereiche heute als gelöst oder nicht mehr so wichtig betrachtet werden können, sind andere weiterhin als drängend einzuschätzen. Das gilt vor allem für die Rolle, die quantitative Aggregat-Daten in diesem Forschungsbereich spielen. Sie steht eng in Verbindung mit der inhaltlichen Fokussierung auf sozioökonomische Politikfelder. Eine Erweiterung der Forschungsagenda der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung erscheint hier dringend geboten – und angesichts ihrer Erfolge in der Vergangenheit auch durchaus vielversprechend. Sie würde zweifellos neue Erkenntnisse in wichtigen Politikfeldern bringen und ebenso den Test (sowie ggfs. die Modifikation) etablierter Erklärungsmodelle der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung anhand anderer Politikbereiche ermöglichen.

Allerdings ergibt sich hierbei auch ein forschungspraktisches Problem im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Daten in Feldern wie den weiter oben angesprochenen, etwa der Innen- und Rechtspolitik oder großen Teilen der regulativen Politik. Hier gibt es nämlich keine internationalen Organisationen, die analog zu OECD, ILO, Weltbank etc. international vergleichbare Daten sammeln und zur Verfügung stellen. Dass die Verfügbarkeit von Daten die Forschungsprioritäten in der Politikwissenschaft bestimmt, wird theoretisch sicher niemand gutgeheissen wollen; dennoch muss man konstatieren, dass dies hier zur Zeit wohl einen erheblichen Einfluss auf die Forschungspraxis hat. Die Frage ist allerdings, ob sich die gegenwärtige Situation nicht ändern lässt, etwa durch (internationale) Kooperation innerhalb der

community der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. Ein abgestimmtes, mittelfristiges Programm zur verteilten Datensammlung und Verfügbarmachung könnte zum einen dazu beitragen, der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung neue Bereiche zugänglich zu machen. Zugleich würden die zur Operationalisierung eines solchen Projekts der Forschungsinfrastruktur notwendigen Diskussionen über Operationalisierung, Messung, Speicherung etc. der *community* und dem gesamten Forschungsprogramm sicher erhebliche belebende Impulse geben.

Ein solches Projekt könnte im Übrigen auch eingebettet werden in eine größere Anstrengung des gesamten Faches Politikwissenschaft, wie sie Michael Zürn in seinem Vortrag beim Festakt zum 60jährigen Bestehen der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* im Mai 2011 angeregt hat.⁶ Zürn konstatierte die „Rückkehr der Herrschaftsfrage“ und die neue Notwendigkeit der Begründung demokratischer Herrschaft im 21. Jahrhundert. Dabei komme der Politikwissenschaft, gerade weil ihr „der methodologische Nationalismus weniger eingeschrieben“ sei als etwa Rechtswissenschaft oder Soziologie und sie gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen empirisch sowie normativ-theoretisch arbeiten könne, ein potentieller Bedeutungsgewinn zu. Wichtig dafür sei allerdings eine „verbesserte und neue Datenbasis“ (Zürn 2011: 74).

Schluss

Manfred G. Schmidt hat mit seinen Untersuchungen das Forschungsprogramm der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung in der Bundesrepublik etabliert und mit beispielhaften Arbeiten zu dessen Erfolg beigetragen. Über die letzten drei Jahrzehnte ist dadurch das Wissen um die Bestimmungsfaktoren von Staatstätigkeit in den fortgeschrittenen demokratischen Marktökonomien des OECD-Raumes erheblich gestiegen. Das gilt insbesondere für die im weiteren Sinne wohlfahrtsstaatlich geprägten Politikfelder sowie makroökonomische *outcome*-Variablen.

Bei allen Erfolgen sieht sich die vergleichende Staatstätigkeitsforschung allerdings auch Herausforderungen ausgesetzt, die das Forschungsprogramm teilweise seit Beginn begleiten, zum Teil aber auch neu entstanden sind, etwa durch Veränderungen in der Rolle des Staates oder Weiterentwicklungen bei theoretischen Modellen, die die Verwendbarkeit etablierter Analysemethoden in Frage stellen. Doch ist das nicht negativ zu beurteilen; vielmehr gibt es die begründete Erwartung, dass eine Ausweitung des Portfolios der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung zum einen neue Erkenntnisse in anderen Politikfeldern bringen wird und zum anderen (durch die Überprüfung anhand neuer Fälle) die Frage klären wird, inwieweit Erklärungsvariablen wie Parteiendifferenz oder institutionelle Konfigurationen auch in diesen Bereichen und damit generell das Tun und Lassen von Staaten gut erklären können.

6 Der Vortrag ist in überarbeiteter Form abgedruckt als Zürn 2011.

Literatur

- Beyme, Klaus von. 1981. Do parties matter? Der Einfluß der Parteien auf politische Entscheidungen. *Politische Vierteljahresschrift* 22: 343-358.
- Beyme, Klaus von. 1982a. Once again: Do parties matter? Rejoinder zur Kritik von Manfred G. Schmidt. *Politische Vierteljahresschrift* 23: 205-210.
- Beyme, Klaus von. 1982b. *Parteien in westlichen Demokratien*. München: Piper.
- Beyme, Klaus von und Manfred G. Schmidt (Hrsg.). 1985. *Policy and politics in the Federal Republic of Germany*. Aldershot: Gower.
- Bleek, Wilhelm. 2001. *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München: Beck.
- Bollen, Kenneth A., Barbara Entwisle und Arthur S. Alderson. 1993. Macrocomparative Research Methods. *Annual Review of Sociology* 19: 321-351.
- Busch, Andreas. 2003. Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität. Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition. In *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002*, Hrsg. Christoph Egle, Tobias Ostheim und Reimut Zohlnhöfer, 305-327. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Busch, Andreas. 2007. Von der Reformpolitik zur Restriktionspolitik? Die Innen- und Rechtspolitik der zweiten Regierung Schröder. In *Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002 – 2005*, Hrsg. Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer, 408-430. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castles, Francis G. und Michael Flood. 1993. Why Divorce Rates Differ. Law, Religious Belief and Modernity. In *Families of nations. Patterns of public policy in Western democracies*, Hrsg. Francis G. Castles, 293-326. Aldershot: Ashgate.
- Crenshaw, Martha (Hrsg.). 2010. *The consequences of counterterrorism*. New York, NY: Russell Sage Foundation.
- Falter, Jürgen W. und Michèle Knodt. 2007. Die Bedeutung von Themenfeldern, theoretischen Ansätzen und die Reputation von Fachvertretern. Eine Replikation der Studien von Böhret (1984), Honolka (1986), sowie Falter und Klingemann (1998). *Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* 137: 147-160.
- Freitag, Markus und Adrian Vatter (Hrsg.). 2009. *Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Institutionen, Staatstätigkeiten und politische Kulturen*. Münster: LIT Verl.
- Genschel, Philipp und Bernhard Zangl. 2009. Metamorphosen des Staates. Vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager. In *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven. Festschrift für Stephan Leibfried*, Hrsg. Herbert Obinger und Elmar Rieger, 611-641. Frankfurt am Main: Campus-Verl.
- Gerschenkron, Alexander. 1962. *Economic Backwardness in historical perspective. A book of essays*. New York: Praeger.
- Gindulis, Edith. 2003. *Der Konflikt um die Abtreibung. Die Bestimmungsfaktoren der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch im OECD-Ländervergleich*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Hall, Peter A. 2003. Aligning Ontology and Methodology in Comparative Research. In *Comparative historical analysis in the social sciences*, Hrsg. James Mahoney und Dietrich Rueschemeyer, 373-404. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.). 1985. *Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft*. Opladen: Westdt. Verl.
- Haubrich, Dirk. 2003. September 11, anti-terror laws and civil liberties. Britain, France and Germany compared. *Government & Opposition* 38: 3-28.
- Honolka, Harro. 1986. Reputation, Desintegration, theoretische Umorientierungen. Zu einigen empirisch vernachlässigten Aspekten der Lage der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin*, Hrsg. Klaus von Beyme, 41-61. Opladen: Westdt. Verl.
- Jann, Werner. 2009. Praktische Fragen und theoretische Antworten: 50 Jahre Policy-Analyse und Verwaltungsforschung. *Politische Vierteljahresschrift* 50: 476-505.
- Jones, Bryan D. und Frank R. Baumgartner. 2005. *The politics of attention. How government prioritizes problems*. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Kingdon, John W. 2003. *Agendas, alternatives, and public policies*, 2. Auflage. New York: Longman.
- Kittel, Bernhard. 2006. A Crazy Methodology? On the Limits of Macro-Quantitative Social Science Research. *International Sociology* 21: 647-677.

- Kittel, Bernhard und Herbert Obinger. 2003. Political parties, institutions, and the dynamics of social expenditure in times of austerity. *Journal of European Public Policy* 10: 20-45.
- Kittel, Bernhard und Hannes Winner. 2005. How reliable is pooled analysis in political economy? The globalization-welfare state nexus revisited. *European Journal of Political Research* 44: 269-293.
- Klingemann, Hans-Dieter und Jürgen W. Falter. 1998. Die deutsche Politikwissenschaft im Urteil der Fachvertreter. Erste Ergebnisse einer Umfrage von 1996/97. In *Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*; [vom 13. bis 18. Oktober 1997 in Bamberg], Hrsg. Michael T. Greven, 305-341. Opladen: Leske + Budrich.
- Levi-Faur, David (Hrsg.). 2011. *Handbook on the Politics of Regulation*. Cheltenham UK, Northampton MA: Edward Elgar.
- Müller, Ferdinand F. und Manfred G. Schmidt. 1979. *Empirische Politikwissenschaft*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Norris, Paul. 2007. Expenditure on public order and safety. In *The disappearing state? Retrenchment realities in an age of globalisation*, Hrsg. Francis G. Castles, 133-158. Cheltenham: Elgar.
- Petring, Alexander. 2010. *Reformen in Wohlfahrtsstaaten. Akteure, Institutionen, Konstellationen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Sabatier, Paul A. (Hrsg.). 2007. *Theories of the policy process*. Boulder, Colo: Westview Press.
- Sabatier, Paul A. und Hank C. Jenkins-Smith. 1993. *Policy change and learning. An advocacy coalition approach*. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Schmidt, Manfred G. 1980. *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*. Mit einer Einleitung von Wolf-Dieter Narr. Frankfurt/M: Campus Verl.
- Schmidt, Manfred G. 1982a. Staatliche Politik, Parteien und der politische Überbau. Zur Kritik an Klaus von Beymes "Do Parties Matter?". *Politische Vierteljahresschrift* 23: 199-204.
- Schmidt, Manfred G. 1982b. *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus-Verl.
- Schmidt, Manfred G. 1988. Einführung. In *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*, Hrsg. Manfred G. Schmidt, 1-35. Opladen: Westdt. Verl.
- Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). 2007. *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Siegel, Nico A. 2007. Moving beyond expenditure accounts: the changing contours of the regulatory state, 1980-2003. In *The disappearing state? Retrenchment realities in an age of globalisation*, Hrsg. Francis G. Castles, 245-272. Cheltenham: Elgar.
- Tilly, Charles. 1984. *Big structures, large processes, huge comparisons*. New York, NY: Russell Sage Foundation.
- Turner, Edward. 2011. *Political parties and public policy in the German länder. When parties matter*. New York: Palgrave Macmillan.
- Zohlnhöfer, Reimut. 2008. Stand und Perspektiven der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. In *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, Hrsg. Frank Janning und Katrin Töns, 157-174. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Zürn, Michael. 2011. Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6: 63-74.